

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13008.

Anserte kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Sturm im Reichstag.

Angriff des Kanzlers auf die Unabhängige Sozialdemokratie.

Vom eigenen Pfeil durchbohrt!

„Und sie trugen einen Toten hinaus...“ Dies Wort des Evangeliums gibt das Fazit der Reichstagsführung vom 9. Oktober. Herr Dr. Michaelis zog aus, die Unabhängige Sozialdemokratie zu erledigen und mit dieser Trophäe das einigermaßen komponierte Ansehen der Regierung wiederherzustellen. Aber der Pfeil, den er absandte, flog auf den Schützen zurück. Die Regierung des Kanzlers Dr. Michaelis ist, die blutend vom Kampfplatz dieses Tages getragen wurde. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber lebt und wird weiter wachsen an Kraft und Zahl.

Der 9. Oktober 1917 wird in der „inneren Kriegsgeschichte“, d. h. in der Geschichte der inneren Kämpfe um die Kriegspolitik als ein bedeutsamer Tag verzeichnet werden. In diesem Tage hat sowohl das System, dem Herr Michaelis den Namen gibt, wie das Parteien-System, das am 10. Juli errichtet wurde, einen harten Stoß erlitten. Ob die Konsequenzen daraus alsbald gezogen werden oder ob man ihnen noch einmal oder auch mehrmals ausweichen, diese Entscheidungen können auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben. Dieser Tag bezeichnet einen Abschnitt.

In Anwesenheit trat der Reichstag am Vormittag zusammen. Man wußte, daß die Verkleisterungsversuche, die am Montagvormittag mit viel Eifer im Haushaltsausschuß unternommen worden waren, den Reich nur unvollkommen zu schützen vermocht hatten, den Herr Stein und Herr Helfferich am Sonntagabend herausfordernd zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit aufgerissen hatten. Der Schrei nach dem Meißel, den der Vorwärts in seiner Sonntagsnummer so beweglich hatte ertönen lassen, der auch noch in den Worten Eberts in der Geschäftsdordnungsdebatte der Montag-Reichstagsführung vernichtend als Unterion zu hören ist, war vergeblich gewesen. Zwar haben Zentrum und Fortschrittler sich mit den ungenügenden Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschuß zufriedengegeben. Aber die Scheidemannfraktion hatte angesichts der ganzen Sachlage diese erneute Verurteilung nicht mehr hinnehmen können, wenn sie nicht den letzten Rest von Kredit einbüßen wollte. Sie mußte erkennen, daß sie am Abgrunde stehen und mußte versuchen, sich im letzten Moment noch vor dem Abbruch zu bewahren. Ob es nicht schon zu spät war, ob sie noch die Kraft zur Umkehr haben wird, das muß die nächste Zukunft zeigen. Wir sind mit gutem Recht pessimistisch.

Man mußte bei Sitzungsbeginn, daß die Scheidemannfraktion sich endlich entschlossen hatte, der Regierung eine Abgabe zu erteilen, daß sie für das Misstrauensvotum stimmen wollte, daß die Unabhängige Sozialdemokratie eingebracht hatte. Damit war die Reichstagsmehrheit des 10. Juli in einer bedeutsamen Frage zerfallen und damit war vom Rückhalt der Regierung im Parlament ein Stück abgebrochen, erfuhr ihre Stellung vor dem In- und Auslande eine schmerzliche Schwächung. In dieser Situation versuchte die Regierung eine Ablenkung. Ein scharfer Vorstoß gegen die äußerste Rechte sollte die Entschiedenheit und Energie beweisen, die man am Regime Michaelis in den wichtigsten Fragen immer wieder vermehrte. Die Aufdeckung einer hochverräterischen Verschwörung konnte die auseinanderfallenden Regierungsparteien zur Abwehr der schweren Gefahr wieder zusammenführen. Aber es kam anders, ganz anders. Der letzte Reichskanzler gedachte als Bismarck zu kommen, aber es langte nicht einmal zum Puttkamer und die energische Abwehr der Reichsliberalen, die sofort zur Offensive übergingen, erwies die sachliche Grundlage der Aktion, die „Poppiere“ des Marinestaatssekretärs als leere Makulatur.

Mit einer frischen, eindrucksvollen, energiegeladen Rede — Herr Kaempf unterbrach sie mehrere Male durch Ordnungsrufe — eröffnete Genosse Dittmann die Debatte. Einen Punkt seines reichhaltigen Anlagematerials, das Verbot der unabhängigen Presse und Literatur in der Marine — übrigens sind auch einige Blätter der Abhängigen mit auf die Proskriptionsliste gekommen, ob mit Absicht oder aus Versehen, bleibe dahingestellt — und die furchtbaren Urteile, die gegen eine Anzahl unglücklicher Matrosen ergingen, dachte die Regierung zum Einschlagen des Patens zu benutzen, der ihr neuen Halt gewähren sollte. Herr Dr. Michaelis führte den ersten Streich — die Nicht- und Kammerklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie — und der Staatssekretär der Marine lieferte als zweiten Dieb die Begründung. Im Fraktionszimmer

der Unabhängigen Sozialdemokratie, so lautete die Anklage, ist eine hochverräterische Verschwörung ausgeheckt worden, drei Führer der Unabhängigen haben im Verein mit missetzten Angehörigen der Flotte den Bestand des Deutschen Reichs zu untergraben unternommen.

Es ist schwer, das Gemisch von Empfindungen zu beschreiben, mit denen die verschiedenen Bestandteile des Parlaments diese schwere Anklage aufnahmen. Auf der äußersten Linken explodierte der empörte Protest in den heftigsten Zwischenrufen, die auch auf Teile der Abhängigen übergriffen, in denen sich bei dieser Wiedererweckung sozialistengesellschaftlicher Praktiken das proletarische Gefühl wieder regte. Minutenlang konnte der Kanzler vor dem Sturm der Entrüstung nicht weiterreden, zumal ihm die Konservativen durch lärmenden Beifall zu Hilfe eilten. Ueber Liberalen und Zentrum aber lagerte zuweilen belommenes Schweigen. Den Herren der Mitte machten über die Klugheit solcher Aktion im vierten Kriegsjahr bängliche Gedanken aufsteigen; sie mochten sich fragen, welchen Eindruck es im Auslande erwecken müsse, wenn der Kanzler eine Partei hochverräterischer Umtriebe bezichtigt und sie als mündigen Reichs erklärt, welchen Eindruck auf die Hunderttausende von Anhängern dieser Partei im Volke wie im Heer, die doch auch mit durchhalten mußten.

Und diese bänglichen Bedenken wurden dann durch den weiteren Verlauf der Debatte noch weit über den Umfang dieser rein opportunistischen Erwägungen hinaus gerechtfertigt. Stück für Stück brach die Anklage der Michaelis und Capelle vor den wuchtigen Streichen der Genossen Haase, Voglherr und Dittmann an. Und Stück für Stück wuchs die schwere Gegenanklage empor. Wer in diesem Nebeneinander der verlierende Teil war, darüber werden sich auch die Konservativen keinerlei Täuschung hingeben, so wenig sie es auch öffentlich zu erkennen gaben und geben werden. Man verfolge die geraden, überzeugenden Darlegungen der drei „Angeklagten“ mit dem Hin und Her der beiden Regierungsvertreter, das schließlich in einem sehr wenig imposanten Verlegenheitsgespräch verhandelt, und man weiß genug. Die Hilflosigkeit hatte breit am Regierungstisch. Und das lag nicht bloß an den Persönlichkeiten, das lag zu einem erheblichen Teil auch an der Qualität der Sache, die von dort aus zu vertreten war. Eine Hochverratsanklage läßt sich nicht auf bloße verdächtigende Hinweise auf „Verlegungen“ und „Agitationsmaterial“ aufbauen, da es eben durchaus erlaubte Beziehungen und durchaus legales Agitationsmaterial gibt. Und bei dem Versuch des Nachweises, daß es sich hier in beiden Punkten um Strafbares handle, ließen die Akten des Marinegerichts die Regierungsvertreter schände im Stich.

Für unsre Redner suchte unsre gute Sache. Aber die Empörung und der Jörn gaben ihnen Reden über das sachlich Treffende hinaus den großen leidenschaftlichen Schwung und hoben sie auf eine Höhe der Wirkung, die nicht alltäglich war. Gleich die erste Rede des Genossen Haase packte das Haus und erschütterte die Hörer und die Welt auch dem nachträglichen Leser noch aus Herz greifen. In wenigen knappen Sätzen gab er eine so erschöpfende Darstellung des Sachverhalts und in Worten, die wie gemeißelt dastehen, kennzeichnete er die politische Lage und die Motive, aus denen diese Regierungsdiktatur floß. Schlagend und eindrucksvoll waren auch die Ausführungen der Genossen Voglherr und Dittmann, und Genosse Haase, der den Angreifern immer wieder unermüdet zu Leibe ging, erreichte noch einige Male die prächtige Höhe seiner ersten Erklärung. Die Unabhängige Sozialdemokratie darf sich freuen, in solcher Lage solche treffliche Vertreter ihrer Sache gehabt zu haben. Sie darf den 9. Oktober als einen Tag nicht gewöhnlichen Erfolges buchen.

Das zeigt auch die Haltung der andern Parteien. Daß die Konservativen durch Graf Westarp dem Reichskanzler, der in die Fußspuren Puttkamers zu treten sich anstellt, ihren Beifall ansprachen, daß der Freikonservative Wertin in einer besonders klaren Weise die bedenkliche Regierungsleistung durch die Liberalen suchte — er empfing dafür eine Kennzeichnung durch den Genossen Haase, die diesem einen Ordnungsruf eintrug —, beweist natürlich nichts dagegen. Aber die Erklärungen der Redner des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und besonders der abhängigen Sozialdemokraten sprechen deutlich genug. Herr Ebert sand Löwe, die an seine besseren Zeiten erinnernden. Den Schatten des Sozial-

istengesetzes beschwört ein deutscher Staatsmann selbst vor abhängigen Sozialisten noch nicht ganz ungestraft herauf.

Deshalb glauben wir noch nicht stracks an eine sozialdemokratische Wiedergeburt der Scheidemänner. Und wir sind weit davon entfernt, die Tatsache, daß Herr Ebert der Regierung mit sehr scharfen Worten attestierte, er werde den Tag preisen, da sie das Zeitliche segne, und daß seine Fraktion für das Misstrauensvotum der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmte, zu überschätzen. Ob diesem ersten Oppositionsschritt weitere folgen werden, das ist noch sehr abzuwarten. In der Fraktion Scheidemann ringen zwei Strömungen miteinander. Wir sehen sie in den Reden ihrer beiden Sprecher in dieser Debatte vertreten. Für Herrn David ist es bezeichnend, daß er bei dem gebotenen prinzipiellen Protest gegen die Regierung der Unabhängigen Sozialdemokratie eine große staatsmännische Zurückhaltung zu bewahren wußte, daß Ebert die nötige wärmere Note geben und die scharfe Abgabe an die Regierung erlassen mußte, daß die Rede des Fortschrittlers Raumann sich in dem besagten Punkte sehr vorteilhaft von den Ausführungen des Sozialisten David unterscheidet. Ob die Richtung David, ob die Richtung Ebert die Oberhand gewinnen wird, das wissen wir zur Zeit noch nicht. Borerst hat die letztere sich durchgesetzt. Sie hat eine Wendung eingeleitet, die ein Eingeständnis ist. Das melancholische Eingeständnis, daß die Politik, die die Fraktion Scheidemann seit dem 1. August verfolgt hat, sie in die Sackgasse geführt hat, daß die Voraussage, die Genosse Haase in der schicksalsschweren Fraktionsführung des 2. August tat, daß die Sozialdemokratie bei der damals beschlossenen Taktik die Geprallte sein werde, nur zu sehr eingetroffen ist. Die Scheidemänner stehen vor einem Haufen Scherben. Ihre Missionen beginnen zu zerfallen. Sie werden noch reiflich erkennen müssen, daß sie den Schatz des Proletariats gegen wertloses Rahengold hingegeben haben, daß die Mächte, deren Verhältnis zur Regierung sie jetzt zur Abgabe an den Kanzler gewonnen hat, jene solche Kraft hätten gewinnen können, wenn die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse von Beginn des Krieges an Fuß beim Mele gehalten hätte.

Ein neuer Abschnitt der inneren Kriegsgeschichte beginnt. Koalitionen, Parteigruppierungen zerfallen, die Krise will aus den Regierungskreisen nicht mehr weichen. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird in dieser Lage vor große Aufgaben gestellt. Der 9. Oktober gibt uns die Hoffnung, daß sie sich ihnen gewachsen zeigen wird. Der 9. Oktober kann ein Schritt auf dem Wege zum Frieden der Verständigung, zur Erlösung der leidenden Völker von der Geißel des Weltkrieges werden. Es gilt, seine Ergebnisse auszunutzen.

Die Presse zur Reichstagsführung.

Der Reichskanzler hat gestern völlige Klarheit über seine Stellung geschaffen in der inneren, wie in der äußeren Politik. Er hat eine Auslegung der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, wie er sie aussieht, gegeben. Wer nicht mit Windheit geschlagen ist, der mußte namentlich nach den vorausgegangenen Ausführungen des Genossen Dittmann über den Zusammenhang zwischen den Alldeutschen und der Regierung erkennen, daß diese Auslegung nichts war als der Versuch, die zweideutige Politik der Regierung fortzusetzen. Die Phrasologie soll den Alldeutschen die Möglichkeit geben, den Reichskanzler als einen der Ihren zu betrachten — was er unzweifelhaft ist. Die Bezugnahme auf das Friedensangebot vom 10. Juli sollte die Mehrheitsparteien beschwichtigen. Aber der Schleier, den der Reichskanzler bisher über seine Politik zu decken verucht hatte, ist zerfallen. Heute weiß ein jeder, wer Herr Michaelis ist und in welchem Lager er steht, wenn ihn auch die Presse der bürgerlichen Parteien innerhalb des Mehrheitsblocks noch für ihre Friedensziele reklamiert. Entweder will diese Presse ihre Politik des Misstrauens noch fortsetzen, oder ihre Friedensziele sind in Wahrheit die des Reichskanzlers, nämlich alldeutsche.

Soviel sich jetzt die Presse übersehen läßt, hat sich die Regierung des Herrn Michaelis mit ihrer Hochverratsanklage einen Stoß verfehlt, der sie weit mehr erschüttern muß als die Vorfälle vom letzten Sonntagabend. Die Presse der bürgerlichen Linken, bis in die Kreise der Nationalliberalen verurteilt den Ablenkungsversuch des